

Zürcher Stadtratswahlen vom 9. Februar 2014

14 Kandidaten wollen einen der 9 Zürcher Stadtratssitze erobern. Die NZZ stellt in regelmässiger Abfolge alle vor – kombiniert zu gegensätzlichen Paaren und ergänzt durch das von Smartvote per Fragebogen erhobene politische Profil. Heute die Neue Nina Fehr Düsel (svp.) und der Bisherige André Odermatt (sp.)

Die Parteitreu mit Mut zum Undogmatischen

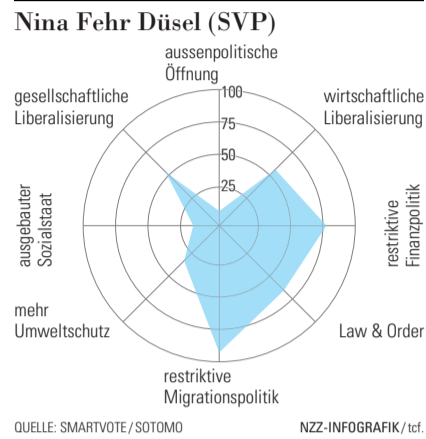
Nina Fehr Düsel (svp., neu) will für die SVP einen Stadtratssitz erobern

Christina Neuhaus · Mit der Nomination von Nina Fehr Düsel für den Zürcher Stadtrat ist der nicht sonderlich progressiven SVP ein Überraschungscoup gelungen. Ausgerechnet die konservativste aller grossen Stadtparteien bringt die einzige neue Frauenkandidatur zustande. Gemeinsam mit ihrem Mitstreiter Roland Scheck soll die junge Juristin ihrer seit 20 Jahren nicht mehr im Stadtrat vertretenen Partei die Rückkehr in die Exekutive ermöglichen.

Doch bei einer Kandidatur der SVP hat es so etwas wie einen Frauenbonus nicht zu geben. Nur einen Tag nach ihrer Nomination war aus der politisch unerfahrenen Nina Fehr bereits «Nina Wer» geworden. Gleichzeitig wurde der interessierten Öffentlichkeit genüsslich aufgetischt, dass die gutaussehende Kandidatin im Teenageralter an einem Modelwettbewerb teilgenommen und Unterschriften für Delphine gesammelt habe. Nina Fehr trug die nur schlecht verhohlene Häme mit Fassung und verlies gelassen darauf, dass sie beides mit einigem Erfolg getan habe. Tatsächlich wurde ihre Delphin-Petition, die sie als Schülerin gestartet hatte, mit über 100 000 Unterschriften in Bern eingereicht, wo sie in eine kürzlich überwiesene Motion mündete.

Keine Parteamarionette

Auch ihr Ausflug in die Modelwelt führte zu einem beachtlichen Resultat: Als 17-Jährige beteiligte sie sich am renommierten Schönheitswettbewerb «Elite Model Look» und schaffte es unter die schönsten zehn. Grundsätzlich scheint sich die 33-Jährige nicht so schnell ins Bockshorn jagen zu lassen. Hinter ihrer konzilianten, manchmal fast mädchenhaften Art kommt im per-



sönlichen Gespräch schnell eine kluge, eigenständige Frau hervor.

Wohl aus mangelnder politischer Erfahrung gelingt es ihr bei öffentlichen Auftritten allerdings nur schlecht, diese Eigenschaften ins rechte Licht zu rücken. Sitzt sie auf einem Podium, wirkt sie oft unsicher und formuliert Sätze, die sich wie das auswendig gelernte Parteiprogramm der SVP anhören. Nach einem öffentlichen Auftritt aller neu antretenden Zürcher Stadtratskandidaten twitterte die eigentlich gutmütige Chefin der SP-Gemeinderatsfraktion deshalb ungnädig: «Mitleid oder Fremdscham – das ist hier die Frage bei den Voten von Nina Fehr.»

Doch die verheiratete Juristin, die nach einer Laufbahn bei der Jugendanwaltschaft Zürich und beim Bezirksgericht Zürich heute in Kaderfunktion bei einer Versicherung arbeitet, ist keine Parteamarionette. So tat sie – nicht unbedingt zur Freude ihrer konservativen Mutterpartei – öffentlich ihre Sympathien für einen langfristigen Atomausstieg kund und brach ebenso uner-

schrocken eine Lanze für erwerbstätige Mütter. Jede Familie solle das Modell wählen können, das ihr am meisten zusage, sagt sie und plädiert für flexible Arbeitszeitmodelle. Sie jedenfalls könne sich nicht vorstellen, bei allfälliger Mutterschaft ganz zu Hause zu bleiben.

Obwohl Nina Fehr in der Öffentlichkeit vor allem als Tochter von SVP-Nationalrat Hans Fehr wahrgenommen wird, scheint sich in solchen Aussagen mehr der Einfluss der Mutter bemerkbar zu machen. Ursula Fehr, die Gemeindepräsidentin von Eglisau, ist zwar ebenfalls Mitglied der SVP; die frühere Journalistin und Bezirksrichterin arbeitete in Nina Fehrs Kindheit aber ebenfalls Teilzeit, was ihr in der Erinnerung ihrer Tochter einiges an öffentlicher Missbilligung einbrachte.

Gegen Masseneinwanderung

Angst, dass sie sich mit ihren nicht ganz SVP-konformen Positionen parteiintern ins Abseits stellt, hat Nina Fehr anscheinend keine. In der SVP sei durchaus Platz für divergierende Meinungen, beteuert sie. Zudem stehe sie «voll und ganz» hinter dem Parteiprogramm. Obwohl sie sich grundsätzlich der liberalen Ecke der SVP zugehörig fühle, sei sie etwa in ausserpolitischen Fragen klar auf Parteilinie und befürworte auch die Initiative gegen Masseneinwanderung.

Auch kommunalpolitisch lässt sie sich ohne Wenn und Aber im bürgerlichen Block verorten: So befürwortet sie eine strikte Ausgabenpolitik, während sie der öko-ideologischen städtischen Verkehrspolitik klar ablehnend gegenübersteht. Es sei Zeit, dass im Zürcher Stadtrat wieder vermehrt pragmatische, bürgernahe Entscheide gefällt würden, sagt sie.



Steht «voll und ganz» hinter dem SVP-Programm: Nina Fehr. CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

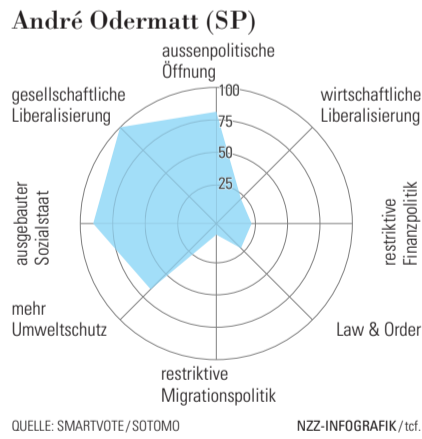
Neue Grabenkämpfe im Hochbau

André Odermatt (sp., bisher) setzt politische Akzente in seinem Departement

Irène Troxler · Gäbe es ein Rating, welcher Stadtrat den zufriedensten Eindruck macht in seinem Job, so hätte André Odermatt gute Chancen auf einen Spitzenplatz. Er wirkt meist gutgelaunt, ist ein umgänglicher Mensch und erträgt Medienkritik mit stoischer Gelassenheit. Anderen wäre an seiner Stelle wohl weniger froh zumute. Normalerweise schlagen die Herzen der Politiker ja höher, wenn sie prominente Bauten einweihen können. Odermatt hingegen hat eher mit der Beerdigung von hochfliegenden Projekten Schlagzeilen gemacht. Das städtisch finanzierte Fussballstadion ging bachab, ein neues Kongresszentrum soll es nicht mehr geben, und auch was die Erweiterung des Universitätsspitals angeht, steht er im Moment als Verhinderer da.

Bewahrender Geist

Selbstverständlich spielen beim Scheitern von Projekten eine Reihe von Faktoren zusammen, aber der Stempel, den Odermatt dem Hochbaudepartement der Stadt Zürich in seiner vierjährigen Amtszeit aufgedrückt hat, ist eher der des Bewahrens als der eines Aufbruchs in eine wirtschaftlich dynamische Zukunft. So hat er etwa das Inventar der Denkmalpflege bis in die siebziger Jahre erweitert. Für das frei werdende Kasernenareal will er keine urbanistischen Pläne schmieden, sondern lädt die Stadtbewohner zu ausgedehnten Workshops ein, an denen sie ihre Wünsche präsentieren können. Dieser starke Fokus auf die Bedürfnisse der Wohnbevölkerung mag die Wählerschaft freuen, lässt aber andere Ansprüche an eine Grossstadt in den Hintergrund treten. Der Ruf der Hochschulen, Touristiker und Unternehmen nach einem neuen



Kongresszentrum beispielsweise hat für Odermatt untergeordnete Priorität. Nachdem sich der Standortentscheid für ein schwieriges Areal in Zürich-West als unglücklich erwiesen hatte, liess er alle Neubaupläne fallen.

Aus der Perspektive der alteingesessenen Zürcherinnen und Zürcher mag die wirtschaftliche Dynamik einer «Global City» etwas Bedrohliches haben: Es droht der Verlust der Beschaulichkeit. Aus diesem Grund die Reserven für das Bauen in Zürich zu verkleinern, wie es Odermatt in seiner Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) tut, ist aber schwer verständlich, wenn man sich die Rolle Zürichs in der rasch wachsenden Schweiz vergegenwärtigt.

Mit dieser BZO-Revision, die wegen der sogenannten negativen Vorwirkung über Nacht in Kraft getreten ist, hat der Hochbauvorsteher einen neuen ideologischen Graben in Zürich ausgehoben. Die meisten bürgerlichen Parteien reagieren kopfschüttelnd auf den konservierenden und bürokratischen Geist des

Regelwerks. Kein Wunder, denn während liberale Kreise auf Wachstum setzen, um den Wohlstand zu sichern und das Problem des überhitzten Wohnungsmarkts zu lindern, fördert der Sozialdemokrat Odermatt die Umverteilung. Schon im Wahlkampf 2010 war die Wohnbaupolitik ein Kernthema der SP und Odermatt ein prominenter Verfechter des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Dass er in der BZO nun sein Departement in die Position versetzen will, privaten Grundeigentümern solche Genossenschaftswohnungen aufs Auge zu drücken, könnte den Bogen aber überspannen. Jedenfalls munitioniert er damit den Wahlkampf der Bürgerlichen. Sie fragen, wo denn jene Normalverdiener wohnen sollen, die keine Genossenschaftswohnung erhalten.

Gut und teuer

Hoch gewichtet wird unter Odermatt die architektonische Qualität des Bauens. Dass sein Amt für alle Arten von Projekten standardmässig Architekturwettbewerbe durchführt, trägt zweifellos bei zu guter Architektur. Zusammen mit der Anspruchshaltung der Stadt treibt es aber auch die Kosten in die Höhe. Nun will er mit einem Kostenklarheits-Programm eruieren, wie man die Ausgaben besser in den Griff bekommen kann.

Die Begeisterung für Ästhetik des Amts für Städtebau stösst noch aus einem anderen Grund auf Kritik. In der Baubranche haben viele das Gefühl, die Architekten der Stadt glaubten, sie seien die Hüter guter Architektur und zwingen allen ihre Handschrift auf. So löst der Ästhetikparagraf im Baugesetz, auf den sich die Behörden berufen, vielerorts Abwehrreflexe aus.



Fördert Genossenschaften mit neuem Artikel: André Odermatt. CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ